

(Beifall von der SPD – Armin Laschet [CDU]:
Euch interessiert das doch gar nicht! – Weitere
Zurufe – Unruhe)

Ich bin dem Kollegen Lindner – jetzt wird er noch
einmal gelobt; nachdem das bereits der Herr
Schneider gemacht hat, will ich nicht nachstehen –
dankbar dafür, dass er für die FDP-Fraktion deutlich
gemacht hat, dass sie den heutigen Tag mit uns
gemeinsam nutzen will, um diese klaren Botschaf-
ten zu senden.

(Zurufe von der CDU)

Herr Kollege Laschet, das ist ja Ihr Problem. Sie
können nicht zuhören. Sie schreien herum. So wer-
den Sie doch die 26 % nicht los. Was soll das
denn?

(Beifall von der SPD – Fortgesetzt Zurufe von
der CDU)

Wer sich über Ihren Auftritt und den Auftritt der CDU
in diesem Hohen Hause die Hände reiben kann,
das ist klar, das ist GM. Die wollen sich gerne aus
der Verantwortung stehlen. Deshalb, Herr Kollege
Wüst, will ich Sie darauf aufmerksam machen, dass
Wirtschaftsminister Duin bereits vor drei Wochen
öffentlich klar gemacht hat, dass GM nur dann eine
finanziell vernünftige Verpflichtung eingehen kann
und wird, wenn es sich mindestens um einen sie-
benstelligen Betrag handelt. Also lassen Sie das
sein, was Sie hier gerade versucht haben! Der Wirt-
schaftsminister ist auch in dieser Frage eindeutig.

Jetzt kann es eine Chance geben, wenn sich die
CDU durchraffen könnte, auf das einzugehen, was
der Kollege Lindner für die FDP gerade verdeutlicht
hat: Ja, lassen Sie uns doch an dem Punkt zusam-
menstehen und von diesem Hohen Hause klar ma-
chen, dass wir uns von diesem amerikanischen Un-
ternehmen nicht auf der Nase herumtanzen lassen.
Die werden ihrer Verpflichtung in Bochum nach-
kommen müssen.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den
PIRATEN)

Herr Kollege Laschet, dann sollten wir – das ist
doch eine Einladung auch an Sie; da können Sie
Ihre wirtschaftspolitische Kompetenz doch einbrin-
gen –

(Armin Laschet [CDU]: Frau Kraft sollte hier-
her kommen!)

die Gelegenheit nutzen, wenn es gelungen ist, GM
in diese Verpflichtung hineinzunehmen, auch in die-
sem Hause darüber reden, wie wir weitere Perspek-
tiven für die Menschen in Bochum, für die Arbeits-
plätze und für diejenigen, die daran hängen, entwik-
keln können. Dazu könnten Sie Beiträge leisten.
Das, was Sie hier heute abgeliefert haben, war nicht
vernünftig und vor allen Dingen den Kolleginnen
und Kollegen in Bochum gegenüber nicht solida-
risch.

(Armin Laschet [CDU]: Dass die Regierungs-
bank leer ist, ist nicht solidarisch!)

Sie sollten sich an dem Punkt ein Beispiel an der
FDP nehmen. Ich habe mich gefreut, dass vier
Fraktionen hier im Landtag diese klare Botschaft
senden. Die CDU ist nicht dabei. Das haben Sie
sich mit Ihrem Auftritt selbst zuzuschreiben, Herr
Kollege Laschet. Das war keine gute Leistung.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den
PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank,
Herr Kollege Römer. – Mir liegen keine weiteren
Wortmeldungen vor. Damit **schließe** ich die **Aktuel-
le Stunde**.

Ich rufe auf:

2 Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß Artikel 41 der Landesverfassung Nord- rhein-Westfalen zu Bauvorhaben unter Leitung des Bau- und Liegenschaftsbetriebes NRW (BLB-Untersuchungsausschuss)

Antrag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/1619 – zweiter Neudruck

Ich möchte noch einen Hinweis geben. Es gibt mit
Zustimmung aller antragstellenden Fraktionen einen
zweiten Neudruck des Antrags, der sich von dem
Neudruck nur in der Weise unterscheidet, dass un-
ter Abschnitt A Punkt VII 2 b der Satz: „Es handelt
sich um keine Vollzeitstellen“ ersatzlos wegfällt.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die SPD-
Fraktion Herrn Abgeordneten Ganzke das Wort.

Hartmut Ganzke (SPD): Sehr geehrter Herr Präsi-
dent! Meine sehr geehrten Damen und Herren!
„Hätte“, „Wenn“ und „Aber“, liebe Kolleginnen und
Kollegen, sind Floskeln, die auch wir Politiker häufig
nutzen, um Sachverhalte einzuleiten. Wenn – ja,
wenn – sich der Landtag im März nicht aufgelöst
hätte, wäre der im Mai 2011 eingesetzte Parlamen-
tarische Untersuchungsausschuss rund um den
BLB noch tätig. Aber wo würde dieser Ausschuss
stehen? Hätten – ja, hätten – sich die Ausschuss-
mitglieder einvernehmlich über Zeugenladungen
oder über die Reihenfolge der Beweisführung geei-
nigt, wäre – ja, wäre – der gemeinsame Wille er-
sichtlich, dass allen Fraktionen daran gelegen ist,
an der Aufklärung der im Antrag aufgeworfenen
Fragen interessiert zu sein.

All das, meine liebe Kolleginnen und Kollegen, ist zum jetzigen Zeitpunkt reine Spekulation, zu einem Zeitpunkt nämlich, zu dem wieder – ebenso wie im Mai 2011 – ein gemeinsamer Antrag aller im Parlament vertretenen Fraktionen zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu Bauvorhaben unter der Leitung des Bau- und Liegenschaftsbetriebs NRW beraten wird.

Die sozialdemokratische Fraktion nimmt positiv zur Kenntnis, dass es auch in dieser Wahlperiode gelungen ist, einen gemeinsamen Antrag aller fünf Fraktionen ins Parlament einzubringen. Dieser Antrag wird einstimmig beschlossen werden, wie es auch im Mai 2011 der Fall war.

Der Untersuchungsauftrag ist klar gefasst. Wir sind aufgefordert, die Sachverhaltskomplexe „Neubau Landesarchiv Duisburg“, „Erweiterungsbau für das Polizeipräsidium Köln-Kalk“, „Bauvorhaben Fachhochschule Köln“, „Ankauf des Schlosses Kellenberg“ und die „Ankäufe des Vodafone-Hochhauses in Düsseldorf und Landesbehördenhaus Bonn“ auf Missstände zu untersuchen.

Hierbei sind auch die strukturellen Ausgestaltungen des BLB NRW genauer zu überprüfen. Dabei wird auch zu klären sein, wie gegebenenfalls aufgedeckte Missstände entstehen konnten und worauf sie zurückzuführen sind.

Diesem Untersuchungsauftrag wird sich die SPD-Fraktion stellen und ihn Stück für Stück abarbeiten, auch und gerade in der Erwartung, dass wir für unsere politische Betrachtung und Bewertung klärende Erkenntnisse erhalten werden. Wir als SPD-Fraktion werden – so erwartet es die Öffentlichkeit von allen Fraktionen – die Aufklärung der im Antrag aufgeworfenen Fragen vorantreiben, nicht aus Aktionismus, sondern um die nötige Sachaufklärung zu betreiben. Bei dieser Sachaufklärung darf es jedoch – so hat es auch Kollegin Freimuth im Mai 2011 während der damaligen Landtagsdebatte zur Einsetzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses formuliert – nicht darum gehen, Scheuklappen aufzusetzen und eine Hexenjagd zu veranstalten.

Durch die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses haben in unserer parlamentarischen Demokratie Parlamente, also wir, die Möglichkeit, unabhängig und selbstständig die Sachverhalte zu prüfen, die sie in Erfüllung ihres Verfassungsauftrags als Vertretung des Volkes für aufklärungsbedürftig halten – so eine juristische Definition des Begriffs „Parlamentarischer Untersuchungsausschuss“.

Die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses dient damit der Wahrung der parlamentarischen Kontrolle. Dieses demokratische Privileg sollten wir, die Fraktionen des Landtags, ernst nehmen, wenn wir uns mit den Tiefen und Widrigkeiten der Untersuchungsausschussgegen-

stände auseinandersetzen werden. Sonst würde uns die Öffentlichkeit zu Recht fragen, ob wir unseren Verfassungsauftrag wirklich ernsthaft wahrnehmen.

Die SPD-Fraktion wird in diesem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss an der Sache arbeiten, Sachverhalte hinterfragen, hieraus Schlussfolgerungen ziehen und dem Parlament hierüber abschließend berichten. Arbeiten wir also gemeinsam den Untersuchungsauftrag ab – ohne Scheuklappen und mit so wenig „Hätte“, „Wenn“ und „Aber“ wie möglich!

Die SPD-Fraktion wird der Einsetzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Ganzke. – Für die CDU-Landtagsfraktion spricht Herr Abgeordneter Vossemer.

Klaus Vossemer (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Als Ministerpräsident Wolfgang Clement im Juni 1998 in seiner Regierungserklärung das Ziel der Landesregierung bekannt gab, ein zentrales, betriebswirtschaftlich orientiertes Immobilienmanagement aufzubauen, hat vermutlich niemand geahnt, dass sich 14 Jahre später ein Untersuchungsausschuss genau mit diesem Immobilienmanagement beschäftigen wird.

Ziel der damaligen rot-grünen Landesregierung war es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, die Bauverwaltung und das Liegenschaftsvermögen des Landes zu einer flexiblen, am Markt orientierten Organisation zusammenzufassen.

Der heutige SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück hat im Jahre 2000 als damaliger Finanzminister das BLB-Gesetz konzipiert. Bereits im Gesetzgebungsverfahren hatte das Justizministerium auf fehlende Kontrollmechanismen hingewiesen. Gleichwohl erfolgte damals keine Anpassung in dieser Richtung. Zum 1. Januar 2001 trat das BLB-Gesetz in Kraft, und der Bau- und Liegenschaftsbetrieb wurde als teilrechtsfähiges Sondervermögen errichtet.

Stolz führte Steinbrück damals aus – ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten –:

„Die Verwaltung des Immobilienvermögens des Landes erfolgt nunmehr zentral durch eine wirtschaftlich weitestgehend unabhängige Stelle. Dies ermöglicht eine professionellere und wirtschaftlichere Verwaltung sowie eine kostengünstigere Bewirtschaftung der Immobilienbestände.“

Ein erstes Ergebnis dieser Reform ist, dass dem Landeshaushalt zusätzlich zu den anteiligen Zinsen rund 25 Millionen € aus dem BLB NRW zufließen.“

Meine Damen und Herren, bereits die Erstellung der Eröffnungsbilanz des BLB zum 1. Januar 2001 war mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. So wurden für Altlasten und Brandschutzmaßnahmen gebildete Rückstellungen von über 614 Millionen € nicht mit den erforderlichen Mitteln unterlegt. Erst die CDU-geführte Landesregierung hat mit dem zweiten Nachtragshaushalt 2005 die entsprechende Kapitalzuführung aus dem Landeshaushalt nachgeholt. Trotz einer dann fundierten Kapitalausstattung kam es im weiteren Verlauf zu erheblichem Vermögensverzehr, Kostenüberschreitungen und Sonderabschreibungen bei größeren Projekten.

Das Organisationsgutachten aus dem Jahr 2006 hatte erste strukturelle Verbesserungen zur Folge. Die Zahl der Niederlassungen wurde von zwölf auf acht reduziert. Der Personalabbau wurde fortgesetzt. Die Organisationsstruktur wurde gestrafft. IT-Organisation und IT-Technik wurden umstrukturiert und angepasst.

Trotzdem sind wir heute mit den im Untersuchungsauftrag beschriebenen erheblichen Kostenüberschreitungen in Millionenhöhe bei Bauprojekten des BLB konfrontiert. Damit haben sich letztlich die Einsparversprechungen von Kanzlerkandidat Steinbrück in Millionengräber verwandelt.

Gemeinsam mit allen Fraktionen im Düsseldorfer Landtag haben wir uns daher darauf verständigt, den Untersuchungsausschuss zum BLB erneut einzusetzen. Er soll die verschiedenen Baukomplexe auf Missstände untersuchen. Er soll klären, inwieweit rechtswidriges Verhalten Einzelner, fehlerhaftes Management, fehlende politische oder anderweitige Kontrolle oder strukturelle Defizite die Ursache sind. Dabei ist unsere Aufgabe als Parlamentarier wahrlich nicht einfach; denn die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft dauern an.

Im Fokus der Ermittlungen wegen Bestechung, Vorteilsnahme und Untreue steht immer noch der ehemalige Geschäftsführer des BLB, Ferdinand Tigge-
mann, SPD. Er wurde am 2. Mai 2001 kurz nach der Gründung des BLB NRW vom damaligen Finanzminister, Peer Steinbrück, und vom damaligen Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport, Dr. Michael Vesper, berufen.

Bei unseren Untersuchungen sollten wir unseren Blick aber auch auf die Rolle des zweiten Geschäftsführers des BLB richten, Sozialdemokrat Rolf Krämer, ehemals persönlicher Referent von Finanzminister Schleußer, dann für die Gründung des BLB zuständiger Abteilungsleiter im Finanzministerium und seit 2004/2005 selbst Geschäftsführer beim BLB. Damit schließt sich der Kreis um den sozialdemokratisch geprägten BLB.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Hat die Union nichts damit zu tun?)

Meine Damen und Herren, die vor uns liegende Aufgabe wird nicht einfach werden – insbesondere, wenn wir Sachverhaltsaufklärung leisten wollen. Ich darf mich daher bei allen Fraktionen herzlich dafür bedanken, dass es uns gelungen ist, einen gemeinsamen Antrag zu formulieren, der uns hoffentlich besser durch die Beratungen führen wird, als es beim ersten Untersuchungsausschuss der Fall war.

Abschließend wünsche ich uns eine gute Zusammenarbeit im Untersuchungsausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Herr Steinbrück hat magischen Einfluss auf Herrn Linsen gehabt! – Reiner Priggen [GRÜNE]: Fünf Jahre hypnotisiert!)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Vossemer. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht der Abgeordnete Engstfeld.

Stefan Engstfeld (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist gut, dass wir heute gemeinsam erneut einen Untersuchungsausschuss beantragen. Die Vorgänge rund um den BLB müssen untersucht werden. Den gemeinsamen Antrag werte ich als Beleg dafür, dass alle Fraktionen an der Aufklärung interessiert sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Anknüpfungspunkte für unsere Untersuchungen, mit denen wir gleich beauftragt werden, waren und sind:

1. die traurige Erkenntnis, dass durch die zu untersuchenden Vorkommnisse den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern in Nordrhein-Westfalen ein schwerer Schaden entstanden ist
 2. die traurige Erkenntnis, dass offensichtlich Immobilienwünsche durch die schwarz-gelbe Landesregierung an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb herangetragen worden sind, um sie sich sodann durch den BLB verwirklichen zu lassen – kostete es, was es wolle
- (Beifall von den GRÜNEN und der SPD)
3. die traurige Erkenntnis, dass diese von der Politik auf den Weg gebrachten baulichen Wunschträume gegen jegliche ökonomische und kaufmännische Vernunft vom BLB anscheinend eins zu eins durchgezogen wurden

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn anfänglich veranschlagte Baukosten für Landesvorhaben im Laufe der Zeit um nahezu 400 % ansteigen, wenn die Staatsanwaltschaft in diesen Zusammenhängen wegen Korruption ermittelt und wenn sich

der Landesrechnungshof veranlasst sieht, mit erschütternd klarer Wortwahl vernichtende Prüfberichte zu verfassen, muss die Politik auch die Kraft haben, lückenlos aufzuklären.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist die Politik, das sind wir den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land schlichtweg schuldig.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Es gehört jedoch nicht zu unseren Aufgaben, strafrechtliche Ermittlungen gegen Privatpersonen im Untersuchungsausschuss nachzuvollziehen. Das ist die Aufgabe der Staatsanwaltschaft.

Es kann auch nicht um Motivforschung gehen, warum die damalige rot-grüne Landesregierung für die Bau- und Liegenschaftsverwaltung in Nordrhein-Westfalen die aktuelle Organisationsstruktur gewählt und als Sondervermögen ausgestaltet hat –

(Beifall von Hans Christian Markert [GRÜNE])

wozu sich übrigens die Regierung Rüttgers 2008 ausdrücklich bekannt hat, nachdem der damalige Finanzminister Linssen den BLB durch einen unabhängigen Gutachter umfassend untersuchen ließ.

Nein, es geht in allererster Linie um die Feststellung der politischen Verantwortung für einzelne Bauvorhaben – oder lassen Sie uns einfach von Millionengräbern reden. Das ist unsere Aufgabe.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wollen herausfinden, ob sich jemand aus den politischen Reihen in Planungsphasen bei seinen Entscheidungen über haushälterische Grundsätze hinweggesetzt hat – in der Hoffnung, durch Verkündung von Leuchtturmprojekten und entsprechende öffentlichkeitswirksame Spatenstiche sein politisches Renommee aufzupolieren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir wollen die Frage beantworten, warum teilweise günstigere Handlungsoptionen zur Realisierung von Vorhaben nicht zum Zuge kamen und stattdessen in Einzelfällen unkalkulierbare Kostenrisiken eingegangen wurden.

Wir wollen herausfinden, warum an bestimmten politischen Entscheidungen festgehalten wurde, obwohl es auf der Hand lag, dass alte Kalkulationen nicht mehr zu halten waren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir wollen versuchen, zu verstehen, wie es im Einzelfall zu Kostenexplosionen kommen konnte und warum keinerlei Mechanismen gegriffen haben, um dies zu verhindern.

Wir wollen wissen, welche externen Anwaltskanzleien und Notariate mit der Vorbereitung bzw. Beurkundung der jeweiligen Geschäfte beauftragt wurden.

Und wir wollen wissen, warum Immobilien gekauft wurden, ohne dass ein Nutzungskonzept vorgelegen hat,

(Beifall von Hans Christian Markert [GRÜNE])

wie es dazu kommen konnte, dass dem BLB Grundstücke praktisch vor der Nase weggeschnappt wurden, die dann überteuert angekauft werden mussten, und welcher Schaden dem Steuerzahler dadurch entstanden ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die im Antrag genannten Sachverhalte haben dem Gemeinwohl geschadet. Das gilt es zu untersuchen.

Der Einsetzungsantrag gibt vor, im Anschluss an diese Untersuchungen zu prüfen, ob und inwieweit die Struktur des BLB einen Beitrag zu den gegebenenfalls festgestellten Missständen geleistet hat.

Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, brauchen wir aber zunächst Anhaltspunkte in Form von konkreten Ermittlungsergebnissen. Hierzu müssen wir belastbare Belege in den Akten finden und sind auf entsprechende Zeugenaussagen angewiesen. Von den Aussagen der Zeugen verspreche ich mir insbesondere auch in denjenigen Bereichen Aufklärung, in denen der Landesrechnungshof, wie er in einem Prüfbericht feststellen musste, mangels entsprechender Dokumentation in den Akten keine Klarheit erlangen konnte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich hoffe, dass alle Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss tatsächlich an der lückenlosen Aufarbeitung der im Untersuchungsauftrag aufgeworfenen Fragen interessiert sind. Uneingeschränkt und fair. Wir sind dazu bereit. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Engstfeld. – Für die FDP-Fraktion spricht der Abgeordnete Wedel.

Dirk Wedel (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Erneut ist es gelungen, einvernehmlich mit allen Fraktionen einen gemeinsamen Einsetzungsantrag für den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss rund um den BLB einzubringen.

Ministerpräsident Clement gab im Juni 1998 bekannt, man wolle ein zentrales betriebswirtschaftlich orientiertes Immobilienmanagement aufbauen. Auf Vorlage des Finanzministeriums hat die Landesregierung daraufhin beschlossen, zum 1. Januar 2001 den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW als teilrechtsfähiges Sondervermögen zu errichten.

Hiermit sollte die Liegenschaftsverwaltung des Landes grundlegend reformiert und ein zentrales betriebswirtschaftlich orientiertes Immobilienmanage-

ment eingeführt werden. Mit dem BLB-Gesetz vom 12. Dezember 2000 wurden die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen. Kostentransparenz sollte erreicht sowie die Unterbringungskosten für die Dienststellen und Einrichtungen des Landes NRW den Marktverhältnissen angepasst und reduziert werden.

Meine Damen und Herren, zwölf Jahre später reibe ich mir während der Haushaltsberatungen im Rechtsausschuss die Augen darüber, dass die Mieten und Pachten an den BLB für jede einzelne Justizvollzugsanstalt des Landes jährlich spürbar steigen, egal, welches Baujahr, egal, welcher Zustand. Wir reden allein hier von einem jährlichen Mietvolumen von 141 Millionen €.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Mostofizadeh zulassen?

Dirk Wedel (FDP): Gerne.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Vielen Dank, dass ich die Zwischenfrage stellen darf. – Herr Kollege, ist Ihnen bekannt, dass die Landesregierung unter Federführung von Finanzminister Dr. Linssen 2008 eine Evaluierung des BLB und des BLB-Gesetzes vorgenommen hat und für die gesamte Landesregierung erklärt hat, dass die Konstruktion des BLB gut und richtig ist, nur noch zwei Dienststellen geschlossen würden und dann auch die schwarz-gelbe Landesregierung unter Federführung von Herrn Finanzminister Dr. Linssen ausdrücklich diese Konstruktion für richtig und zukunftsweisend hält?

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, bitte schön.

Dirk Wedel (FDP): Sehr geehrter Herr Mostofizadeh, ich denke, wenn das alles so völlig klar auf der Hand liegen würde, hätten wir nicht schon zweimal jetzt einvernehmlich einen Untersuchungsausschuss beantragt, der sich mit diesen Dingen beschäftigen soll. Das ändert aber nichts daran, dass die Konstruktion letztlich aus der rot-grünen Regierungszeit stammt

(Beifall von der FDP und der CDU)

und insofern die Verantwortung völlig klar verteilt ist.

Das Zauberwort dürfte „Indexmiete“ lauten und schnell klar machen: Der BLB hat noch einen weiteren Weg vor sich, um die damals formulierten Ziele und den Zweck seiner Errichtung zu erreichen.

Wir schauen insoweit auch ansonsten auf eine nüchterne Bilanz zurück. Der BLB steht wegen Korruptionsvorwürfen gegen führende Mitarbeiter seit geraumer Zeit im Zentrum staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen. Auch gegen private Bauprojektentwickler wird in diesem Zusammenhang ermittelt. Zwei Sonderprüfungen kamen zum Teil zu verheerenden Ergebnissen. Dort ist die Rede von Missachtung gesetzlicher Vorschriften, einer stark lückenhaften Dokumentation der Vorgänge, wirtschaftlich nicht nachvollziehbaren Entscheidungen zum Nachteil des Landes und von einem Kauf ohne vorherige Durchführung zum Beispiel von Wertermittlungen.

Weiter ist dem BLB in Berichten des Landesrechnungshofs attestiert worden, dass er bei den überprüften Bauvorhaben seiner Rolle als landeseigener Immobilienentwickler und Baufinanzierer, der letztlich durch unternehmerisches Handeln Erträge erwirtschaften und dadurch den Landeshaushalt entlasten soll, in gravierender Weise nicht gerecht geworden ist.

Meine Damen und Herren, im Fokus stehen unter anderem der Neubau des NRW-Landesarchivs in Duisburg, die Erweiterung des Polizeipräsidiums in Köln-Kalk, die geplante Umsiedlung der Fachhochschule Köln, der Ankauf der Liegenschaft Schloss Kellenberg, der Erwerb des Vodafone-Hochhauses in Düsseldorf sowie der Veräußerungsprozess des Landesbehördenhauses in Bonn.

Diese Sachverhaltskomplexe gilt es auf Missstände zu untersuchen und dabei zu klären, inwieweit solche auf rechtswidriges Verhalten Einzelner, fehlerhaftes Management, fehlende Kontrolle oder strukturelle Defizite zurückzuführen sind.

Es geht darum, zu untersuchen, inwieweit vonseiten des BLB wiederholt Entscheidungen getroffen und Verträge geschlossen wurden, die mit möglicherweise erkennbaren Risiken und Nachteilen für das Land Nordrhein-Westfalen verbunden waren und etwaige wirtschaftliche Schäden für das Land erst ermöglicht haben.

Es ist uns als FDP dabei ein großes Anliegen, neben der Klärung der Vorgänge und Verantwortlichkeiten rund um die einzelnen Projekte im Rahmen der Untersuchung nachzuschauen, ob und inwieweit die strukturelle Ausgestaltung der Bau- und Liegenschaftsverwaltung des Landes in der Form des BLB etwa durch die Wahl der Rechtsform und die Ausgestaltung der Organisations- und Verantwortungsstrukturen vermutete Missstände ermöglicht bzw. begünstigt hat und

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

wie das zukünftig noch besser zu organisieren und zu regeln ist, auch wenn Veränderungen ja bereits stattgefunden haben.

Der Untersuchungsausschuss ist mit seinen weitreichenden Befugnissen ein scharfes Schwert des

Parlaments, solche Vorgänge zu erforschen und, wenn möglich, Wege zur Vorsorge für die Zukunft aufzuzeigen.

Es gilt, Antworten zu finden auf Fragen, die uns alle bewegen, das budgetverantwortliche Parlament und den kopschüttelnden Bürger als Steuerzahler, um dessen Geld es am Ende geht.

Ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss ermöglicht und bedingt zugleich auch immer einen politischen Schlagabtausch. Ich denke, diese Debatte ist dafür Beweis genug. In welchem Maße dies erfolgt, liegt immer auch an uns als Handelnden. Ich hoffe hier auf eine ertragreiche sachliche Arbeit. Der Untersuchungsausschuss hat viel vor. Packen wir's an. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Wedel. – Für die Fraktion der Piraten spricht der Abgeordnete Schulz.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer auf der Tribüne und zu Hause! Ich kann mich hinsichtlich der Historie und hinsichtlich des Untersuchungsgegenstands bezüglich des einzusetzenden Untersuchungsausschusses im Wesentlichen auf meine Vorredner zurückziehen – möchte ich fast sagen – bzw. denen anschließen.

In letztlich erfreulicher Einmütigkeit haben sich die im Landtag vertretenen Parteien und ihre Fraktionen auf den nun vorliegenden Antrag auf erneute Einsetzung des BLB-Untersuchungsausschusses verständigt, dies – auf diese Feststellung muss ich im Namen meiner Fraktion schon Wert legen –, nachdem wir, die Piratenfraktion, initiativ mit Antrag vom 30. Oktober 2012 Drucksache 16/1259 die Wiedereinsetzung des BLB-Untersuchungsausschusses beantragt hatten.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir hatten dabei den der Einsetzung des BLB-Untersuchungsausschusses zugrundeliegenden Antrag der im Landtag NRW in der 15. Legislaturperiode vertretenen Fraktionen mehr oder weniger übernommen, adaptiert und zur erneuten Entscheidung gestellt. Damit haben wir dasjenige Prozedere in Gang gesetzt, welches uns – erfreulicherweise – heute wenn auch wegen vieler weniger erfreulicher Umstände zum vorliegenden Tagesordnungspunkt zusammengeführt hat.

Heute finden wir einen Fragenkatalog über zu untersuchende Gegenstände und Grundlagen im Zusammenhang mit Projekten des Sondervermögens des Landes NRW, nämlich des Bau- und Liegenschaftsbetriebs, und im Zusammenhang mit den Strukturen desselben Betriebs vor, der es uns ermöglichen wird, politische Verantwortlichkeiten auf-

zuklären und am Ende auch darzustellen. Dies gehört nun einmal zu den wesentlichen Aufgaben eines solchen Untersuchungsausschusses, gegebenenfalls auch über bereits identifizierte Gegenstände hinaus. Das wird und muss sich im Verlauf noch herausstellen, das wissen wir heute noch nicht. Letzteres gewährleistet die im Antrag enthaltene Öffnungsklausel, eine Klausel, welche es diesem Hohen Haus ermöglicht, auch nachträglich eine Erweiterung des Umfangs des BLB-Untersuchungsausschussauftrags zu beschließen, wenn dies für geboten erachtet wird. Ich gehe davon aus, dass alle hier im Hause vertretenen Parteien dies mittragen werden, wenn sie diese Notwendigkeit erkennen.

Aufklärungen im Sinne von Transparenz und letztlich Namhaftmachung derjenigen Verantwortlichen und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Vermögen der öffentlichen Hand und damit letztendlich der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, auf welche gerade diese als Steuerzahler einen Anspruch haben, sind das Gebot der Stunde und der nächsten Zeit.

So ist es im anderweitigen Dunstkreis der Aufklärung und Verfolgung von Taten – nennen wir sie durchaus auch Straftaten, beispielsweise im Zusammenhang mit Steuern und Steuer-CDs – nur legitim, ohne Wenn und Aber auch geboten, fiskalisch relevantes Handeln der Verantwortlichen, der Sachwalter und solcher Personen, insbesondere Funktionsträger, die gegenüber den Bürgern eine Vermögensbetreuungspflicht haben, zu hinterfragen und der Erkenntnis von Juristen, des Parlaments und schließlich der Öffentlichkeit selbst in politischer Aufklärung jener Verantwortlichkeiten zuzuführen.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Dabei machen es sich die Mitglieder dieses dann bestellten Ausschusses und auch die Mitglieder dieses Hauses keineswegs leicht. Denn solche wie die anstehenden Untersuchungen und Ermittlungen bergen ein hohes Potenzial an Arbeitsaufwand und Aufwand an Mitteln – Mittel, die im Interesse offener, transparenter Staatskunst notwendigerweise immer einzusetzen sind, Arbeitsaufwand, der darauf gerichtet ist, Verantwortung nicht bloß zu tragen, sondern auch aufzuzeigen und nicht zuletzt zu leben – im Sinne von möglichst lückenloser Aufklärung dann auch vorbildhaft.

Nicht zu vergessen bleibt ferner, dass das Land NRW mit diesem Untersuchungsausschuss seinem verfassungsgemäßen Auftrag nachkommt, den zu erfüllen wir als unerlässliche und vor allem unvertretbare Pflichtaufgabe sehen müssen. Dabei verkennen wir als Piratenfraktion nicht, dass wir die einzige in diesem Parlament vertretene Kraft sein dürften, welche völlig unvoreingenommen hinsichtlich der parlamentarischen und sonstigen Betätigungen im Vorfeld und mit der höchstmöglichen Neutralität zur Aufklärung wird beitragen können.

Diesen Auftrag werden wir selbstverständlich auch wahrnehmen.

(Beifall von den PIRATEN)

Das ist im Übrigen ein Umstand, der aus Sicht meiner Fraktion – aus meiner Sicht insbesondere – auch hinsichtlich der weiteren Überlegungen bezüglich Verfahrensfragen des Untersuchungsausschusses vielleicht noch ein Überdenken erfordert. Darauf werden wir dann bei der Konstituierung und im Untersuchungsausschuss selbst zurückkommen.

Wie auch immer: Wir, das heißt die Piratenfraktion, wünschen den künftigen Mitgliedern und Mitarbeitern des BLB-Untersuchungsausschusses und der im Umfeld Beteiligten schon heute eine ruhige und von Weitsicht geführte Hand hinsichtlich der Interessen der Bürgerinnen und Bürger des Landes. Möge also weitestmögliche rückhaltlose Aufklärung im Sinne von rückblickender Herstellung von Transparenz bezüglich politischer Entscheidungsprozesse die Maxime bilden.

Deswegen kann man nur sagen: Glück auf dem Untersuchungsausschuss! Möge er die Erkenntnisse finden, die erforderlich sind, um die entsprechenden Rückschlüsse zu treffen. – Danke schön.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Schulz. – Damit sind wir am Ende der Beratung.

Ich komme zur Abstimmung. Die fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben direkte Abstimmung beantragt. Wer stimmt dem **Antrag Drucksache 16/1619 – zweiter Neudruck** – zu? – Stimmt jemand dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. War irgendwie auch nicht zu erwarten.

(Allgemeine Heiterkeit)

Damit ist so entschieden und **beschlossen**.

Tagesordnungspunkt

3 Wiedereinführung der bewährten Kurzarbeiterregelung schafft Planungssicherheit für Unternehmen und sichert Arbeitsplätze

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1629

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1673

Ich eröffne die Beratung. – Für die SPD-Fraktion spricht als Erster Herr Kollege Scheffler.

Michael Scheffler (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich vorab feststellen: Bei diesem Thema geht es nicht darum, dass wir eine neue Krise herbeireden wollen. Wir können festhalten, dass die deutsche Wirtschaft die letzte Wirtschafts- und Finanzkrise relativ gut überstanden hat, ohne dass allzu viele Arbeitsplätze verloren gegangen sind. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand und zeigen die wohlthuende sozialdemokratische Handschrift in der damaligen Großen Koalition, nämlich: Durch die Instrumente der Kurzarbeiterregelung und die Konjunkturpakete I und II konnte in unserem Land Schlimmeres verhindert werden.

Trotzdem darf man die Augen nicht verschließen, meine Damen und Herren. Die Konjunktur kühlt ab. Die aktuelle Krise in Europa wird auch an Deutschland nicht spurlos vorübergehen. Wenn die Menschen – um ein Beispiel zu nennen – in Europa weniger Geld in ihren Portemonnaie haben, wird sich das auch auf den Kauf von Autos und damit auf die Produktion in Deutschland auswirken.

Auch wenn Deutschland besser dasteht als viele seiner Nachbarn, wird sich eine verschlechternde wirtschaftliche Entwicklung mit zeitlicher Verzögerung auf dem Arbeitsmarkt bei uns durchschlagen – wenn keine Vorsorge getroffen wird. Ich habe gesagt: Wir bemerken das bereits bei der Automobilindustrie und den Zulieferern. Allein ThyssenKrupp beschäftigt derzeit rund 3.000 Arbeiter hauptsächlich in Duisburg in Kurzarbeit.

Meine Damen und Herren, im Mai 2009 haben in Nordrhein-Westfalen auf dem Höhepunkt der Krise 330.750 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in 12.797 Betrieben von der Kurzarbeit profitiert. In meiner Heimatregion, im Märkischen Kreis, mit einer großen Zuliefererindustrie im Sektor Automotive hat es in der letzten Krise bundesweit die größte Zahl an Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeitern in einem Kreis oder einer kreisfreien Stadt gegeben. Im Mai 2009 haben dort 919 Betriebe mit 25.425 Beschäftigten Kurzarbeit gemacht.

Auch dort ist bereits jetzt eine Zunahme von Kurzarbeit und deren Ankündigung zu verzeichnen. Zwar sind wir heute noch von den Zahlen von 2009 entfernt, aber wir spüren, dass die Probleme und auch die Beben näherkommen. Deshalb ist es wichtig, bei weiteren Einschnitten handlungsfähig zu sein.

Die Kurzarbeiterregelung hat sich in der Krise mehr als bewährt. Sie ist ein geniales arbeitsmarktpolitisches Instrument, wenn man es richtig einsetzt. Die Unternehmen können im Rahmen der Kurzarbeit ihre Fachkräfte halten und bei anziehender Konjunktur sofort wieder einsetzen. Ohne diese Möglichkeit hätten wir eine große Entlassungswelle zu befürchten. Wir wollen lieber Arbeit und Qualifizierung bezahlen als Arbeitslosigkeit, meine Damen und Herren. Kurzarbeit spart auf lange Sicht auch